

II-1110 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6691J

1991-03-13

A n f r a g e

der Abgeordneten Heindl und FreundInnen

an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und
Konsumentenschutz

betreffend Förderungsmaßnahmen zur Schaffung österreichweiter
Möglichkeiten natürlicher Geburten

VerfechterInnen natürlicher Geburtsmethoden sehen sich proportional zur Zunahme ihrer Akzeptanz bei der Bevölkerung immer härteren Angriffen seitens herkömmlicher Geburtshelfer, medizinischer Gutachter und Landes-GesundheitspolitikerInnen ausgesetzt. Dies ist zwar ein Phänomen, mit dem alle Neuerungen im Gesundheitsbereich zu kämpfen haben; es gäbe aber zweifellos Möglichkeiten, die Diskussion durch verschiedene Maßnahmen zu versachlichen und damit abzukürzen. Daran wären vor allem die betroffenen Eltern und hier wiederum in erster Linie die betroffenen Frauen interessiert. Ebenso könnten durch gezielte Förderungsmaßnahmen Bereiche, in denen die positiven Folgen neuer Betreuungsmethoden durch Studien bereits hinreichend bewiesen sind, für ganz Österreich flächendeckend in das bisherige Geburtshilfewesen integriert werden. Neue und von den Betroffenen positiv erlebte Betreuungs- und Behandlungsmethoden sollten schließlich nicht jahrzehntelang einer kleinen Gruppe privilegierter Privatversicherter vorbehalten bleiben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz folgende

A n f r a g e

1.) Die positiven Effekte richtig geplanter, richtig durchgeführter und richtig begleiteter Hausgeburten konnten im europäischen Ausland beeindruckend erwiesen werden. Werden Sie im Rahmen Ihrer Funktion als Vorsitzender des KRAZAF dafür sorgen, daß Gelder aus dem Topf der Strukturreformmittel auch für die (möglichst österreichweite) Einführung ambulanter Geburtsmöglichkeiten verwendet werden?

2.) Haben Sie mit dem Wissenschaftsminister bereits Gespräche geführt, um die Frage der natürlichen bzw. ambulanten Geburt in der geplanten Studienreform des Medizinstudiums zu berücksichtigen? Wenn nein, werden Sie das noch tun?

3.) Werden Sie aus dem Budget Ihres Ressorts Gelder zur Verfügung stellen, um Studien zu ermöglichen, die die Komplikationsraten herkömmlicher Entbindungsmethoden mit derjenigen Abteilungen, an denen natürliche Geburten ermöglicht werden, ceteris paribus vergleichen? Wenn ja, welchen Zeitrahmen haben Sie sich dabei vorgenommen? Wenn nein, warum nicht?

4.) Im Budgetausschuß zum Kapitel Gesundheit haben Sie die derzeit vorliegende Broschüre "Sie haben Recht!" als ersten Schritt zur Verbreitung des Wissens über Patientenrechte bezeichnet; Ihren eigenen Worten zufolge könnte die Broschüre noch verbessert werden. Werden Sie bei einer Neuauflage veranlassen, daß die Rechte von Frauen anlässlich geburtshilflicher Betreuung explizit erwähnt werden?

5.) Sie arbeiten derzeit an der Vorbereitung einer Kodifizierung von Patientenrechten. Wie sieht gegenwärtig Ihr Standpunkt in den Fragen "Recht auf natürliche Geburt", Recht auf "ambulante Geburt" und "Recht auf Hausgeburt" aus?